

Gewaltfreie Kämpfe um Existenzgrundlagen und globaler Militarismus: Verbindungen & Strategien

Die Vierjahreskonferenz der War Resisters' International (WRI) in Indien

Ahmedabad, die größte Stadt und das wirtschaftliche Zentrum des indischen Bundesstaates Gujarat war im Januar 2010 Tagungsort der Vierjahreskonferenz der War Resisters' International (Internationale der KriegsdienstgegnerInnen). Zwei Aktive der Mainzer Gruppe der DFG-VK erlebten einen unvergesslichen Höhepunkt ihrer politischen Arbeit. Indien – wer denkt da nicht an Tiger, Elefanten, Kamele und den Taj Mahal? Wir haben all das gesehen! - Ok, wir geben es zu... keine Tiger.

Was für ein Thema und dies in der Stadt Gandhis - Ahmedabad.

„Es gibt eine unausweichliche Verbindung zwischen durch Globalisierung verursachter Vertreibung, Entlassung und Enteignung traditioneller, einheimischer und von Agrarprodukten lebender Gemeinden überall – ausgelöst durch interne Kriege und lokale Aufstände. Es gibt eine Verknüpfung zwischen diesen und den monströsen internationalen Kriegen – sei es in Afghanistan, Irak, Kongo oder Somalia. Die größte Herausforderung ist es deshalb lokale und gleichmaßen globale Partnerschaften zu schaffen, die nicht nur der Ungerechtigkeit sondern auch den aktuellen Alternativen Widerstand leisten.“ schrieb Medha Patkar als Vorwegnahme und Zusammenfassung aller der Themen, die die KonferenzteilnehmerInnen im Laufe der Woche bearbeiten und diskutieren würden.

Gleich zum Anfang der Konferenz sprach Arundhati Roy: Die weltbekannte indische Schriftstellerin stellte sich als in Gujarat unwillkommene Person vor. Sie ist dafür bekannt, Hindunationalismus und Großprojekte wie den Narmada-Staudamm, für den Menschen von ihrem Land vertrieben werden, scharf zu kritisieren. Während die Regierung Indien als ein Land mit einem guten Investitionsklima präsentiert, entwickelt sich laut Roy ein militarisiertes Polizeistaat. Roy sieht Indien von zwei Totalitarismen bedroht: vom Hindu-Totalitarismus und vom marktradikalen ökonomischen Totalitarismus. Gujarat sei zentral für den Hindu-Totalitarismus. Der ökonomische Totalitarismus

habe inzwischen zum offenen Krieg gegen die Ureinwohner, die Adivasi, geführt, von denen Hunderttausende, die ohnehin schon unter Hunger leiden, von ihrem Land vertrieben werden.



Beide Totalitarismen produzierten Terrorismus: der Hindu-Totalitarismus islamistischen Terrorismus, der ökonomische Totalitarismus den maoistischen Terrorismus. Damit bezog sie sich auf die maoistischen Guerrilleros, die in etlichen indischen Bundesstaaten, vor allem im Osten, in ländlichen Gebieten weit verbreitet und sehr aktiv sind.

Kontrovers diskutiert wurde Arundhati Roes Bekenntnis zur „Biodiversität des Widerstands“, womit sie auch nicht-gewaltfreien Widerstand ausdrücklich einschloss.

Mittagessen: Es gibt Reis mit ... ja was eigentlich? Die Gandhianer wollen uns wohl zeigen wie ihr Guru (Lehrer) gelebt hat. Reis mit Brot und ... irgendwas. Kein Problem, wir werden auch so satt, wenn nicht gerade die Affen auf dem Dach der Küchenhütte die Bananen klauen.

Klauen, re-spektive der Landraub durchzieht die Woche wie ein roter Faden.

Wir hören von gewaltfreiem Widerstand in Peru, aber auch die Kämpfe gegen das Bombodrom in der Küritz-Ruppiner Heide hier in Deutschland werden zum Thema. Genau das ist ja das besondere an diesen,

leider nur alle vier Jahre stattfindenden Konferenzen. Das „Networking“ und eben immer wieder neue Aktionsformen und Strategien voneinander zu lernen.

Die Workshops sind vielfältig und zum Glück sind wir insgesamt vier Delegierte der DFG-VK, so dass wir uns absprechen und aufteilen können.

Es ist spannend zu hören, wie Aktionen gegen Kleinwaffen und deren verheerende Wirkung in anderen Ländern aussehen. Und dass die Arbeit z.B. gegen den deutschen Waffenproduzenten Heckler und Koch nicht nur in Deutschland sehr ernst genommen

wird.

Ein Workshop jagt den anderen, wie die Affen die wir an unserem Tagungsort, dem Campus der Gujarat Vidjapith, einer von Gandhi gegründeten Universität beobachten können:

Der Aluminiumabbau in Orissa in Indien hat ähnlich verheerende Auswirkungen wie die kriegsbedingte Vertreibung der Kleinbauern in Kolumbien.

Überall gibt es Zusammenhänge zwischen dem Waffenhandel und der Verbindung zu Bergbau, Landraub und Vertreibung gerade indigener Minderheiten.

Private Sicherheitskräfte und Militär arbeiten dabei Hand in Hand und nicht selten in ihre eigenen Taschen.

Gerade für Indien gilt, dass,



Aus dem Inhalt
Militärstandort Mainz
Heldenverehrung
Bundeswehr raus aus den Schulen
Verkürzung des Zwangsdienstes
8. Mai: Nazis und Frieden?

das eigentlich abgeschaffte Kastensystem noch immer eine große Rolle spielt und Gewalt nach wie vor auch von der jeweiligen Religionszugehörigkeit abhängt. Opfer all jener Gewalt im Poker um Ressourcen, Land und „Pfründe“ sind weltweit in erster Linie Frauen und Kinder.

Es geht aber nicht nur um den Bergbau, wie gerade im Bundesstaat Orissa, sondern weltweit auch darum Gelände für Waffentests und Militärtraining zu finden und Menschen dafür von ihrem angestammten Grund und Boden zu vertreiben. Kein Wunder, dass sich gerade in diesem Workshop besonders viele Deutsche und Koreaner einfinden.

In Indien geht es um Aluminium, in Venezuela um Kohle, in Ecuador kämpfen die Menschen gegen die Kriegsprofiteure im Amazonasgebiet.

Manche TeilnehmerInnen berichten von Ihrer konstruktiven Arbeit und ihrem Versuch, nachhaltiges Leben als eine Art des gewaltfreien Widerstandes in ihre Gemeinden zu bringen.

Medha Patkar spricht im Vormittagsplenum über den Widerstand gegen den Narmada-Staudamm. Auch hier geht es wieder um die Gewinnung von Energie für den tödlichen Bergbau.

Neben den großen Plenen geht es auch immer wieder darum einfach neue Kontakte zu knüpfen oder bestehende zu vertiefen: bei den länderübergreifenden Kampagnen gegen

Kriegsprofiteure und Waffenhandel, bezüglich gewaltfreier Aktionen, in der transnationalen Kriegsdienstverweigerungsarbeit oder im Gedankenaustausch über Nationalismus und Faschismus.

Es geht, wie bei der letzten Konferenz vor vier Jahren in Deutschland, immer wieder darum die Gedanken der Gewaltfreiheit, des Pazifismus und des Antimilitarismus zu globalisieren.

Trotz aller positiver Ideen, Erfahrungen und Aktionen, wissen wir genau, dass Nationalismus, verschiedene Identitäten und Engstirnigkeit auch uns noch im Wege stehen.

Und was, trotz aller der Freundschaft, die wir zu diesem Land und dessen Menschen erleben durften, ist jetzt mit Indien, ein Atomwaffenstaat und Kriegsprofiteur – was passiert, wenn der Ausgebeutete zum Ausbeuter wird?

Natürlich waren auch der Klimawandel und Kriege um Ressourcen ein Thema.

Wir zumindest bringen mehr Fragen als Antworten mit zurück.

Lehrende und Studierende der Gujarat Vidyapith orientieren sich an den asketischen Idealen Gandhis. Morgens um 6 Uhr fegen sie den gänzlich nikotin- und alkoholfreien sowie vegetarischen Campus. Täglich um 11 Uhr mussten wir das Auditorium verlassen, weil dann die Gandhi-SchülerInnen zum Gebet und zum Spinnen eilten. Ganz in der

Tradition Gandhis, der sich dem britischen Empire nicht nur mit seinem berühmten "Salzmarsch" widersetzte, der von seinem Ashram in Ahmedabad ausging, sondern das indische Volk auch dazu aufrief, auf importierte Kleidung zu verzichten, spinnen seine SchülerInnen noch heute die Baumwolle für ihre Kleidung selbst, z.B. auch während sie den Reden bei der Abschlusskundgebung einer Demonstration gegen genetisch veränderte Lebensmittel am Gandhi-Tag, dem 30. Januar, zuhörten.

Nach einer Woche der Vorträge, Workshops, Diskussionen, Berichten von Niederlagen und Erfolgen bleibt es uns schwer ein Fazit zu ziehen.

Wir sind immer noch zu wenige im gewaltfreien Kampf gegen Militarismus, Landraub und die neoliberalen Folgen der Globalisierung. Wir müssen unsere Netzwerke weiter ausbauen und stärken. Wir müssen uns weiter gegenseitig informieren, all die Medien nutzen, die uns zu eigen sind und die wir uns zu eigen machen können und manchmal müssen wir es einfach machen wie die Affen auf dem Campus – in der Sonne dösen und Kraft tanken für unsere kommenden Aktionen.

In diesem Sinne ein schönes Frühjahr und einen tollen Sommer wünschen Euch

Gernot und Tina

Der Militärstandort Mainz

Mainz ist ein Standort der Bundeswehr, einer Armee im Einsatz. Diese Armee hat in Mainz zwei Kasernen, eine Liegenschaft in der Rheinallee und den Osteiner Hof. Eine Kaserne wird zur Zeit im Rahmen eines Public-Private-Partnership-Projekts (PPP-Projekt) umgebaut. Dort sollen dann alle Einrichtungen untergebracht und die nicht mehr benötigten Liegenschaften, eine der Kasernen und die in der Rheinallee aufgegeben werden.

Die interessanteste Mainzer Bundeswehrdienststelle für die Kriegseinsätze ist im Osteiner Hof am Schillerplatz. Dort ist das Wehrbereichskommando II stationiert. In „ganz Deutschland“ gibt es vier Wehrbereiche, die in der Fläche keinen Quadratmeter auslassen. Das Wehrbereichskommando II ist unter anderem für die Sicherstellung eines so genannten streitkräftegemeinsamen Grundbetriebes der Bundeswehr in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zuständig. Das sind im wesentlichen die Infrastruktur und die Ausbildung der Soldaten für ihre weltweiten Einsätze.

Ein General steht dem Kommando vor.

Ihm sind zwei Feldjägerbataillone direkt unterstellt. Eines davon ist in Mainz stationiert. Dieses Bataillon ist unter anderem in Afghanistan im Einsatz. Feldjäger, die Polizisten der deutschen Armee, haben den Auftrag das Militärlager in Kundus mit der Weinstube zu sichern und sie bilden afghanische Polizei für Polizeiaufgaben(!) aus. Des Weiteren ist das in Zweibrücken stationierte Fallschirmjägerbataillon 263 in Afghanistan im Einsatz. Dieses Bataillon hatte selbst schon Opfer im Krieg und verursacht zusammen mit den Verbündeten bis zu 1000 Ziviltoten jährlich. Während ihrer Kriegseinsätze sind sowohl die Feldjäger als auch die Fallschirmjäger einem Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam unterstellt.

Soweit die Soldaten in Mainz und Zweibrücken nicht im Einsatz sind, sorgt das Wehrbereichskommando II für den streitkräfteübergreifenden Grundbedarf. So für die Infrastruktur. Die Infrastrukturstelle ist Teil des Wehrbereichskommandos, die sich sowohl um Neubauten, als auch Um- und Erweiterungsbauten von Kasernen im Wehrbereich kümmert. Dazu gehören auch Truppenübungsplätze, Straßen sowie Start- und Lan-

debahnen auf Militärflugplätzen. Sollte es notwendig werden in Büchel eine Start- oder Landebahn zu erweitern, dann macht die Infrastrukturstelle des Kommandos die Planung und die Kostenaufstellung, die dann über das Ministerium dem Bundestag vorgelegt wird. Dieser stellt die erforderlichen Haushaltsmittel bei der Verabschiedung des Etats ein. Mit der Bemerkung „Sicherheit ist ein Teures Gut“, werden die beantragten Gelder auch regelmäßig verabschiedet. Der Umbau der Kurmainz-Kaserne in Mainz-Hechtsheim im Rahmen eines PPP-Projektes wird wie die meisten solcher Projekte teuer. Die ganze Kaserne soll an einen privaten Investor gehen und der Bund will seinen Bedarf dann von dem Investor leasen. Das kommt den Bund, den Steuerzahler sicher teurer als wenn er weiterhin seine eigene Liegenschaft bewirtschaften würde.

Eine wichtige Rolle fällt dem Wehrbereichskommando II bei der „Zivil-Militärischen Zusammenarbeit im Innern“ (ZMZ(I)) zu. Es nimmt mit Planungs- und Führungsverantwortung „Territoriale Aufgaben“ wahr und koordiniert die ZMZ(I), sowie Hilfseinsätze der Bundeswehr bei Naturkatastrophen

und besonders schweren Unglücksfällen. Den Einsatz mit militärischen Mitteln darf sie nicht wahrnehmen. Die Notwendigkeit der Nutzung militärischer Mittel hat das Bundeskabinett aber schon mal festgestellt. Das steht im letzten Weißbuch der Bundeswehr und Innen- und Verteidigungsminister erinnern mit angeblichen Notwendigkeiten von Gesetzes- und/oder Grundgesetzänderungen daran. Jedoch sind für die Zusammenarbeit bereits Strukturen geschaffen, wenn auch noch keine militärischen Mittel eingesetzt werden dürfen. Jedes Bundesland im Wehrbereich hat ein Landeskommando. Das Landeskommando Rheinland-Pfalz ist in Mainz. Es ist durchstrukturiert mit einem Bezirksverbindungskommando in Trier, sowie mit Kreisverbindungskommandos auf Landkreis und Stadtebene, passend zur zivilen Verwaltungsstruktur. In den letzten Jahren übte das Wehrbereichskommandos die zivil-militärische-Zusammenarbeit im Innern unseres Landes und gleichzeitig in drei weiteren Bundesländern mit den Plan- und Rahmenübungen TERNET (Territoriales Netzwerk). Zumindest während der Übung 2009 spielten die zivilen Verwaltungen mit Hochwasser an Rhein, Main, Mosel, Saar, Fulda, Weser und deren Zuflüssen als Folge eines schweren Orkantiefs diente als Übungsszenario. Und die Länder forderten übungshalber Hilfeleistungen der Bundeswehr im Katastrophenfall und bei Großereignissen an. Geleitet wurde die Hilfe nicht mehr von den Ländern, sondern vom Militär(!).

Weiterhin sind in Mainz stationiert eine Sportfördergruppe, eine Fachausbildungskompanie und Teile des Zentralen Instituts des Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

Der Osteiner Hof ist ein Ort der Begegnung. Dort finden informelle Gespräche zwischen Soldaten als Teil einer selbst ernannten gesellschaftlichen Elite und hochrangigen Zivilisten statt. Das Militär und Landespolitiker versprechen sich gegenseitig Treue. General: „Wir fühlen uns in diesem Bundesland gut aufgehoben“. Ministerpräsident: „Wir stehen zu unserer Bundeswehr, die gut in unsere Gesellschaft eingebettet ist.“ - So ein äußerst niedlicher Dialog zwischen Ministerpräsident Beck und der Bundeswehr auf einem Gartenfest im August 2008. Als Beispiel der „Einbettung“ nannte Kurt Beck das Soldatengelöbnis vor dem Landtag in Mainz Ende Mai [2008]. Nicht erwähnt hatte der Ministerpräsident, dass das „Feierliche Gelöbnis“ fast vollkommen außerhalb der Mainzer Öffentlichkeit statt fand. [Mit Busen hatte die Bundeswehr Angehörige von

so genannten Wehrpflichtigen von werweißwoher rangekarrt, um die Rolle der Öffentlichkeit zu übernehmen. In der Mainzer Presse fand die Veranstaltung kaum Beachtung.] „Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass auf öffentlichen Plätzen Gelöbnisse stattfinden“, so sprach Kurt Beck weiter.

Auch 2009 war ein Gartenfest. Der General begrüßte Repräsentanten von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie von Be-



hörden, Wirtschaft, Alliierten, Bundeswehr und der Mainzer Fastnacht. Er dankte für eine gut funktionierende Zusammenarbeit bei der dreitägigen Übung TERNET 09, die unter Leitung des Wehrbereichskommandos II (WBK II) im Mai durchgeführt wurde. Hier hätten die Länder Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland gut kooperiert, sodass diese Aktion von beiderseitigem Nutzen sei. Ebenfalls erinnerte er an die getroffenen Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und WBK II [In diesen Vereinbarungen geht es um den Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr an Schulen]. Auch die Wirtschaft lobte der General für ihre Kooperation mit der Armee. Umsätze in Zahlen zum Wirtschaftsfaktor „Rüstung“ in den vier Bundesländern nannte er nicht.

Interessant auch die „Osteiner Gespräche“ in den repräsentativen Räumen des Barackengebäudes am Schillerplatz. Wie immer zu diesen Gesprächen lud der „Befehlshaber im Wehrbereich II“ vor vier Jahren zu einem Vortrag von Martin van Creveld zu Formen der Kriegsführung ein. Zunächst einige Sätze zum Referenten. Van Creveld ist Militärhistoriker an der Hebräischen Universität in Jerusalem. In Deutschland ist er vor allem bekannt geworden durch seine umfassende Arbeit über die Wehrmacht, deren Kampfkraft und innere Geschlossenheit er als im Vergleich zu den anderen Streitkräften des Zweiten Weltkriegs überlegen einstufte. In einem

Vortrag am 17. Dezember 2004 in Düsseldorf trug er kontrovers aufgenommene Aussagen für die Terrorismus- und Aufstandsbe-kämpfung vor. Seiner Ansicht nach haben sich in den letzten Jahrzehnten lediglich zwei vollkommen entgegengesetzte Ansätze bewährt: Zum einen ein defensiver Einsatz überlegener militärischer Kräfte unter strengster Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien und unter Inkaufnahme eigener hoher

Opferzahlen, als dessen Beleg er den Einsatz der britischen Armee in Nordirland sieht. Durch jahrelange Geduld sei damit ein Austrocknen des Konfliktes ermöglicht worden. Zum anderen sei ein Ansatz erfolgversprechend, der auf gezielte absolute Repression(!), Vergeltung und umfassende Einschüchterung setze und zur Abschreckung gerade auf sehr hohe Opferzahlen bei der Zivilbevölkerung(!) abziele. Als Beispiel dafür führt van Creveld die Zerstörung der islamistisch orientierten Stadt [Hama] und die planvolle(!) Tötung bzw. Ermordung einer Vielzahl seiner Bewohner (darunter auch Kindern) unter dem Präsidenten Assad an, wodurch jeder Widerstandswille dort dauerhaft gebrochen worden sei und zwar sehr schnell und ohne große Mittel.

Dieser Martin van Creveld hielt vor Offizieren der Bundeswehr und geladenen zivilen Gästen im Osteiner Hof einen Vortrag unter dem Titel „Panzer, Raketen und Messer“. Nach einem Bericht der Bundeswehr zog er radikale Folgerungen für das kommende Jahrzehnt und bezeichnete den Kampf gegen den Terrorismus als große Herausforderung. Dieser Kampf werde mit Handlungsmustern der Vergangenheit geführt, was zum Scheitern führen müsse. Falsche Strategien von "Generationen von Verlierern" wie den Briten in Palästina, den Amerikanern in Vietnam oder den Russen in Afghanistan verursachten neue Niederlagen. Als Lösungsweg schlägt van Creveld "schnelle Härte oder langes Ausharren" vor und weniger Unentschlossenheit wie bei der US-Regierung. Dazu Martin van Creveld: "Die entschuldigen sich ja schon, bevor sie angreifen."

Vermutlich ist die Empfehlung des zivilen Militärstrategen folgende: 'Nachdem Friedhofsruhe hergestellt ist, auch lange ausharren um trotz allem noch aufkeimenden Widerstand nieder zu machen!' - Auch in Mainz ist die Bundeswehr „im Einsatz für den Frieden Krieg.“

Keine Patriotenverehrung (früher: Heldenverehrung) am Mainzer Rheinufer!

Jedes Jahr zum Volkstrauertag, so auch 2009, ehrt der Oberbürgermeister der Stadt Mainz mit einer Kranzniederlegung „heldenhaften deutschen Kreuzergeist“ und fordert „künftige Geschlechter“ auf, wie die Matrosen eines mit der Besatzung untergangenen Kriegsschiffes „in den Tod nachzueifern“.



Der Kranz wird an einem 4 – 5 Meter hohen Sandsteinobelisk niedergelegt, der am Rheinufer in Höhe Fischtorplatz steht. Der Obelisk ist als Kriegsmarineehrenmal gestaltet, wurde 1939 errichtet und soll an ein 1914 untergegangenes Kriegsschiff mit Namen „Mainz“ erinnern. Wir fragen Oberbürgermeister Jens Beutel: Welchem Zweck dient die Kranzniederlegung an diesem Denkmal? Wollen Sie, wie zur Zeit der Nazis 1939, eine Akzeptanz von Kriegen (heute sind das Auslandseinsätze der Bundeswehr) in der Mainzer Bevölkerung herstellen oder erhöhen? Wollen Sie mit Hilfe dieser Inschrift den Soldatentod „versüßen“, wie es der ehemalige Bundesverteidigungsminister



Jung bei einer Trauerfeier für „gefallene deutsche Soldaten“ mit den Worten „eigentliche Patrioten“ versuchte? Auf der Inschrift wird das Schiff mit einem „Deutschen Kreuzergeist“ beschrieben, mit dem Attribut „heldenhaft“ bedacht und die Patenstadt Mainz „geehrt“. Den „gefallenen Matrosen“ zum Gedächtnis sollen „künftige Geschlechter....in allen Meeren [zum] Schutz dem Frieden der Welt.... ihnen [den Matrosen] nacheifern.“ Dieses Denkmal diente bei der Errichtung 1939 während der Naziherrschaft offenbar der Vorbereitung des „Deutschen Volkes“ zum Krieg. Im gleichen Jahr überfiel die Wehrmacht Polen.

Eine Kranzniederlegung an dem Kriegsmarineehrenmal ist Kriegsverherrlichung, wenn nicht gar Volksverhetzung zu Krieg und Gewalt. Von einer Trauer beim Untergang des Schiffes ums Leben gekommene Menschen kann keine Rede mehr sein. Der Tod liegt fast 100 Jahre zurück. Angehörige und Nachkommen, die sich an die jungen Männer erinnern können, gibt es sehr wahrscheinlich nicht mehr. Vielleicht gibt es überlieferte Berichte von dem einen oder anderen. Aber was haben diese Erzählungen mit Trauer zu tun?

Wir fordern den OB auf weitere Kranzniederlegungen zur Kriegsverherrlichung, Helden- und Patriotenverehrung zu unterlassen.

Wir bitten unsere Leser die Kranzniederlegung nicht nur als Satire zu betrachten, für was man sie leicht halten könnte. - Fordern auch Sie den Oberbürgermeister Jens Beutel auf die Kranzniederlegung künftig zu unterlassen.

Hinweis: Während einer Friedensfahrradtour der DFG-VK im August 2009 haben wir während eines Empfangs einen Vertreter des Oberbürgermeisters bereits auf das Krieg verherrlichende Ehrenmal hingewiesen und nach dem „Wozu“ gefragt.

<http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/aufder-achse-fuer-frieden-und-abruistung-1-9809/>

Hans Ripper

Die Inschrift auf dem Obelisk:

*Der Patenstadt Mainz
Deutschlands Kriegsmarine
Deutschem Kreuzergeist
zur Ehre*

*Für Wahrung des Rechts u.
Wahrung der Ehre des Reichs
In allen Meeren
Schutz dem Frieden der Welt.*

*Zum ewigen Gedenken an den heldenhaften
„Kreuzer Mainz“ Patenschiff unserer Stadt am
28. Aug. 1914 mit wehender Flagge ehrenhaft vor
dem Feind im Seegefecht vor Helgoland gesunken.
163 Kameraden starben hierbei den Heldentod.
Kommandant Kapitän zur See ihl. Paschen. Gleich-
zeitig sanken die Kreuzer Köln und Ariadne und
Torpedoboot V 187.*

*Den Gefallenen zum Gedächtnis.
Den Lebenden zur Anerkennung,
künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.*

Hohle Phrasen!



Friedensgruppen beim Rheinland-Pfalz-Tag

Die *Arbeitsgemeinschaft Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz* verleiht 2010 zum dritten Mal den *Rheinland-pfälzischen Friedenspreis*, diesmal wieder während des Rheinland-Pfalz-Tags, der in diesem Jahr in Neustadt/Weinstr. stattfindet, am Wochenende vom **11. bis 13. Juni**. An allen drei Tagen informieren die Friedensgruppen, darunter auch die DFG-VK, mit Infoständen.

Am **Samstag, dem 12. Juni**, beteiligen sich die Friedensgruppen ab 12 Uhr am *Forum Frieden, Umwelt, Integration*. Vorgesehen sind u.a. Straßentheater und Beiträge aus der Kurzhörspielreihe *Friederikes Wi(e)dersprüche*, die auch in der DFG-VK-Radiosendung *Pazifissimus* in Wiesbaden und Mainz im Programm von *Radio Quer* regelmäßig zu hören ist. Aktuellere und detaillierte Informationen demnächst unter www.dfg-vk-rlp.de



Bundeswehr raus aus den Schulen!

Nein zur Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums des Landes Rheinland-Pfalz mit der Bundeswehr!

Auch in Rheinland-Pfalz soll die Bundeswehr verstärkt an Schulen auftreten. Das haben die Bundeswehr und das rheinland-pfälzische Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in einem Rahmenabkommen vereinbart. Rheinland-Pfalz ist das erste SPD-regierte Bundesland, das der Bundeswehr auf diese Art die Schulen öffnet. Zuvor hatten dies drei Länder mit CDU-Regierung getan. Es ist zu befürchten, dass auch in den bisher noch nicht betroffenen Bundesländern in Kürze ähnliche Vereinbarungen folgen sollen.

Schon lange haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr weitgehende Möglichkeiten, für die Bundeswehr an Schulen zu werben. Bundeswehr-Trucks kommen auch jetzt schon in Schulen. Neu ist, dass die hauptamtlichen Jugendoffiziere ihre militaristische Weltsicht nun auch in die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren einbringen sollen. Damit will die Bundeswehr ihren Einfluss auf den Schulunterricht verschleiern. Nicht die Angehörigen der Bundeswehr bringen den Schülern bei, dass Militär ein Mittel der Politik ist, sondern die jungen – scheinbar neutralen und daher unverdächtigen – Lehrerinnen und Lehrer sollen dies tun.

Von der Bundeswehr ausgebildete Referendare, von Soldaten gestaltete Unterrichtseinheiten und einseitiges Unterrichtsmaterial mit Abiturprüfungsinhalten dienen der Manipulation und Rekrutierung, nicht der Erziehung zum eigenständigen Denken.

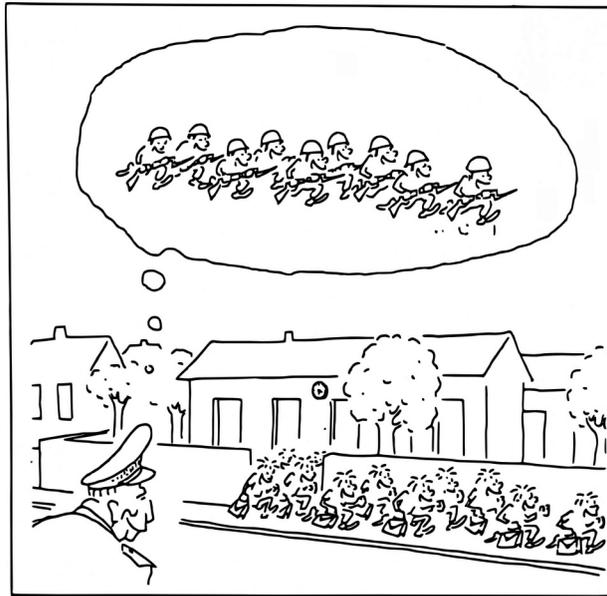
Besonders deutlich wird die Vermittlung eines militaristischen Weltbildes in dem von Jugendoffizieren mit Schulklassen durchgeführten Planspiel POL&IS, das im Rahmen der Vereinbarung verstärkt an rheinland-pfälzischen Schulen durchgeführt werden soll. POL&IS steht für Politik und internationale Sicherheit, die den Schülerinnen und Schülern in einer Simulation näher gebracht werden sollen. Im Planspiel wird der Einsatz des Militärs inklusive Atomwaffen zum legitimen Mittel der Politik zur Durchsetzung nationaler Interessen beispielsweise der Sicherung von Ressourcen.

Der Hintergrund dieser Maßnahmen ist offensichtlich:

- Die Bundeswehr führt Krieg und hat Schwierigkeiten, dafür genügend freiwilligen Nachwuchs zu finden. Es werden zwar nach wie vor junge Männer in die Bundeswehr gezwungen, aber diese

Zwangsrekrutierten machen nur noch 10 % aus und sollen nicht in die Auslands- und Kriegseinsätze geschickt werden, solange sich das vermeiden lässt. Also muss die Bundeswehr umso intensiver um Rekruten und Rekrutinnen werben.

- Die Bundeswehr führt Krieg in Afghanistan und die Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen. Also bemüht sich die Bundeswehr um mehr Akzeptanz, auch durch militaristische Indoktrination in den Schulen.



Von einem Bundeswehr-Hauptmann in Kundus wird berichtet, dass er die Meldung, dass zwei seiner Soldaten, die aus psychischen Gründen aus Afghanistan nach Deutschland verlegt werden sollten, kommentierte: „Was glauben die denn, wo wir hier sind? Bei einer Kaffeefahrt oder auf dem Ponyhof? Infanteristen sind in letzter Konsequenz dazu da, zu töten oder getötet zu werden.“ Diese deutlichen und ehrlichen Worte wurden vom Wehrbeauftragten gerügt. (Allgemeine Zeitung 17.3.2010) Der Krieg darf inzwischen Krieg genannt werden, doch der Verwendungszweck von Soldaten soll weiterhin beschönigt werden.

In den Schulen wird die Bundeswehr zwar fürs Töten und Getötet-Werden werben, es aber nicht so offen benennen wie der Hauptmann in Afghanistan. Alles andere könnte auch Eltern beunruhigen, die in der heutigen postheroischen Gesellschaft es nicht mehr für ehrenvoll halten, wenigstens einen Teil des Nachwuchses in den Tod auf dem Schlachtfeld zu schicken. Und dann müssen wieder Hauptmänner in Kundus an so unsoldatischen Soldaten verzweifeln, die

sich Illusionen über den Charakter ihrer Tätigkeit gemacht haben.

Obwohl – bei einigen Schülern und Schülerinnen müsste sich die Bundeswehr noch nicht einmal verstellen, um Anklang zu finden. Wenn man bedenkt, dass es unter manchen Jugendlichen beliebt ist, andere zu quälen und zu demütigen und das Ganze zu filmen und ins Internet zu stellen, könnte die Bundeswehr mit ihren brutalen und perversen Aufnahmeverfahren und ihren an Folter grenzenden Misshandlungen doch einige Impulse zu diesem Aspekt der Jugendkultur

beitragen, vielleicht auch als praxisnahe Unterrichtseinheit oder so. Auch angehende Amokläufer und Amokläuferinnen, die keinen Schützenverein haben, der sie fürs Schulmassaker trainiert, könnten sich von der Bundeswehr inspirieren lassen und müssten dafür nicht mehr nächtelang vor Computern vereinsamen.

Vielleicht passt die Bundeswehr auch in die Schulen einer Gesellschaft, die entsetzt ist, dass der Amokläufer von Winnenden ein Massaker anrichtete, es aber gleichzeitig vollkommen normal findet, dass ihm die Einberufung zur Bundeswehr drohte und dass ihn das psychisch erheblich belastete. Dort wäre er unter Androhung

hoher Gefängnisstrafen zwangsweise und ganz legal zum Töten abgerichtet worden.

Das Kooperationsabkommen ist inzwischen auf entschiedene Ablehnung aus Friedensbewegung, Gewerkschaften und Parteien gestoßen. Die DFG-VK und die Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier haben eine Petition an den Landtag von Rheinland-Pfalz gegen die Vereinbarung initiiert. Der rheinland-pfälzische Landtag wird aufgefordert, „die Rahmenvereinbarung aufzukündigen und damit für eine schulische Bildung im Sinne von §1 Abs. 2 des Schulgesetzes einzutreten, die ‚zum gewaltfreien Zusammenleben‘ erzieht.“ (Siehe www.dfg-vk-rlp.de und www.agf-trier.de)

Die Bundeswehr hat nichts an Bildungseinrichtungen verloren. Gerade angesichts der in der Bundeswehr üblichen Misshandlungen und der permanenten Missachtung der Menschenwürde ist sie dafür denkbar ungeeignet. Der Kooperationsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundeswehr muss rückgängig gemacht werden!

Wiesbaden 8. Mai: „Nationale Friedenskräfte“ und sonstiger Unsinn

Unter den Slogans „Nein zur Verlegung des europäischen US-Hauptquartiers nach Wiesbaden!“ und „Gegen Folterknechte und Kriegstreiber!“ soll am 8. Mai 2010 in Wiesbaden demonstriert werden. Auf den ersten Blick sieht es nach einer Demonstration der Friedensbewegung aus, die schon lange gegen die Verlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Armee nach Wiesbaden protestiert, und anprangert, dass die Einheit, die für die Folterungen im Gefängnis von Abu Ghraib verantwortlich ist, in Wiesbaden-Erbenheim stationiert ist. Doch die plump anti-US-amerikanische Argumentation, die deutschnationale Wortwahl und die „Jungen Nationaldemokraten“ als Veranstalter machen deutlich, dass unter den genannten Forderungen zu einem Nazi-Aufmarsch aufgerufen wird.

Auch diesmal ist das *Wiesbadener Bündnis gegen Rechts*, unterstützt von weiteren Gruppen und Organisationen aus dem Rhein-Main-Gebiet, entschlossen, nicht zuzulassen, dass Neonazis in Wiesbaden marschieren.

Zynismus und Verlogenheit

Besonders absurd ist, dass die Jungen Nationaldemokraten mit „freien und nationale Friedenskräften“ zur Demonstration aufrufen und Forderungen der Friedensbewegung aufgreifen. Allerdings ist es nicht neu, dass Nazis Anliegen instrumentalisieren, um ihre rassistische, nationalistische, diktatorische, menschenverachtende und mörderische Ideologie zu verbreiten.

Am 1. Mai 2009 in Mainz, als 3000 Menschen sich entschlossen den Nazis entgegenstellten und verhinderten, dass sie das Bahnhofsgebäude verlassen konnten, gaben sich

die Nazis antikapitalistisch und versprachen soziale Gerechtigkeit. Dabei sind sie Erzfeinde der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, und wenn Faschisten Arbeit versprechen oder androhen, läuft es erfahrungsgemäß auf rassistische Ausgrenzung sowie auf Arbeitsdienst und Arbeitslager hinaus.

Am 1. August in Friedberg, als sich nach dem Mainzer Modell 1700 Menschen der NPD erfolgreich in den Weg stellten, wollte die NPD gegen Islamisierung demonstrieren. Doch was soll die NPD, deren damaliger, inzwischen verstorbener stellvertretender Vorsitzender Jürgen Rieger 2009 in seinem Glückwunschsreiben an Ahmadinedschad die Überzeugung aussprach, „daß es im Iran sehr viel mehr Freiheiten gibt als in der Bundesrepublik Deutschland“, und die sich für Ahmadinedschads Antisemitismus und „Holocaust-Konferenz“ begeistert, schon gegen im Namen des Islam begangene Menschenrechtsverletzungen einzuwenden haben? Für Nazis ist Kritik an Islamisierung nur ein Vehikel für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, denn ob Menschen aus nahöstlichen Ländern Atheisten, Christen oder Muslime sind, ist den Rassisten vollkommen egal.

Dass Nazis sich als „Friedenskräfte“ gebärden, ist besonders abwegig. Faschismus zeichnet sich durch eine extreme Verherrlichung von Militär und Gewalt aus. Während für andere Ideologien Gewalt primär Mittel zum Zweck ist und meist der Staatsgewalt überlassen wird, greifen viele Faschisten aus persönlicher Neigung sogar schon zu Gewalt, wenn sie eine verschwindend kleine Minderheit sind, wie die zahlreichen von Rechten begangenen Morde und Körperverletzungen in Deutschland belegen. Wenn angesichts der Monstrosität der NS-Verbrechen

ausgerechnet Nazis vorgeben, gegen Folter und Kriegstreiberi oder gar gegen Angriffskriege – die Spezialität der Nazis – zu demonstrieren, ist das lächerlich.

Primitiver Nationalismus neidischer Verlierer

Die Kritik der Jungen Nationaldemokraten am Hegemonialstreben und der Kriegspolitik der USA ist lediglich deutschnational und eurofaschistisch motiviert. Es ist der Neid der Verlierer auf einen wesentlich erfolgreicherem Imperialismus und Militarismus, der den Nazis am 8. Mai 1945 die wohlverdiente Niederlage bereitet hat. Dass die Nazis ausgerechnet an diesem für sie so peinlichen Datum gegen die USA marschieren wollen, wirkt schon ziemlich masochistisch.

In den letzten beiden Jahrhunderten war Nationalismus die massenmörderischste Kriegsursache. Wer wirklich für Frieden eintritt, lehnt Militär, Kriegspolitik und Nationalismus des sogenannten eigenen Staates ab. Pazifisten und Pazifistinnen verurteilen jeden Krieg als Verbrechen an der Menschheit und arbeiten grenzüberschreitend an der Beseitigung der Kriegsursachen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet sind hier lebende Menschen aus den USA eine wichtige Stütze der Friedensbewegung. „Nationale Friedenskräfte“ sind ein Widerspruch in sich.

XMR

Wann und wo die Gegenkundgebungen gegen den Nazi-Aufmarsch stattfinden werden, wird sich erfahrungsgemäß kurzfristig entscheiden. Aktuelle Informationen: www.wiesbadengegenrechts.de

Islam und Islamismus als Herausforderung für die Friedensbewegung

Seminar des DFG-VK Bildungswerks Hessen

Samstag/Sonntag 19./20. Juni 2010, Frankfurt a.M.



Im Jahr 1998 hatten DFG-VK Hessen und das DFG-VK Bildungswerk Hessen erstmals zu einem Seminar mit diesem Titel eingeladen, zu einer Zeit, als viele die politische Brisanz des Themas noch nicht erkannt hatten. Beim Nachfolgeseminar soll die Diskussion fortgeführt werden.

Als Ergebnis des damaligen Seminars erschien später im Alibri-Verlag Aschaffenburg das Buch „Salam oder Dschihad“

(www.denkladen.de/product_info.php/info/p244_Reinsdorf--Salam-oder-Dschihad.html).

Mehr zum Seminar demnächst auf www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk.

Anmeldungen an DFG-VK Bildungswerk Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Fax 069-4990 007 dfgvkessen@t-online.de.

Kürzterer Militär- und Zivildienst: Konsequenzen für Betroffene

Die Regierungsparteien hatten im Oktober 2009 die Verkürzung von Bundeswehrdienst- und Zivildienst von neun auf sechs Monate ab 2011 vereinbart.

Inkrafttreten

In den Tagen vor Redaktionsschluss des Friedlichts gab es widersprüchliche Meldungen über das Inkrafttreten. Analog zu vergangenen Dienstzeitverkürzungen müssten am 31.12.2010 alle entlassen werden, die sechs Monate Bundeswehr- oder Zivildienst hinter sich haben. Guttenberg kündigte zwar an, die Dienstzeitverkürzung vorzuziehen, doch seine Aussagen liefen sogar auf eine Verschiebung um ein Quartal hinaus. Vermutlich wird sich das in Kürze aufklären. Im Zweifelsfall ist aufgrund des Wissensstands vor Redaktionsschluss allen, denen die Dienstleistung bevorsteht, zu raten, einen Dienstantrittstermin ab 1.10. anzustreben, um auf jeden Fall von der Verkürzung profitieren zu können.

Mehr Einberufungen

Als Konsequenz der Dienstzeitverkürzung werden pro Jahr mehr junge Männer zwangsweise zur Bundeswehr einberufen werden, laut Guttenberg 50.000 statt 40.000, also 10.000 mehr pro Jahr. Da die Zwangsrekrutierten allerdings statt neun Monaten nur sechs Monate lang in der Bundeswehr bleiben, sinkt der Anteil der Zwangsverpflichteten innerhalb der Bundeswehr auf 25 000 Soldaten und damit auf 10%.

Kriegsdienstvermeidung

Für ihre Auslandsinterventionen und Kriege verwendet die Bundeswehr zur Zeit nur Freiwillige, die sich aus Begeisterung oder aus wirtschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit auf die Bundeswehr einlassen.

Für die sogenannten Wehrpflichtigen hat die Bundeswehr immer weniger Bedarf und Platz. Fast die Hälfte eines Jahrgangs wurde in den letzten Jahren für untauglich erklärt, vom Rest werden viele nicht einberufen. Es gilt also nicht mehr, dass fast alle jungen Männer unter Androhung von Gefängnisstrafen entweder zu Bundeswehr oder Zivildienst verurteilt sind. Stattdessen gibt es vielfältige Möglichkeiten, beiden Diensten zu entgehen, entweder weil man einfach das Glück hat, untauglich zu werden oder nicht einberufen zu werden, oder weil man zielstrebig den Kriegsdienst vermeidet und sich so geschickt verhält, dass keine Einberufung

kommen kann, weder zur Bundeswehr noch zum Zivildienst.

oder stark eingeschränkt, z.B: die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Wohnort, auf Reisefreiheit, auf Entfaltung der Persönlichkeit. Auch die Menschenrechte anderer sind bedroht, denn schließlich werden Soldaten dazu abgerichtet, auf Befehl andere zu töten und zu verletzen.

Weitere Information:

Allgemein:

www.dfg-vk.de/thematisches/kriegsdienstverweigerung/2008/326

www.Zentralstelle-KDV.de

www.asfrab.de/wehrpflichtinfos.html

Speziell zur Kriegsdienstvermeidung:

www.wehrpflichtvermeidung.de

Speziell zur Totalen Kriegsdienstverweigerung:

www.ohne-uns.de

Örtliche Beratungsstellen der DFG-VK sind auf der Rückseite dieses Friedlichts zu finden.

Was ist neu?

Die eben erwähnte Strategie der Kriegsdienstvermeidung wird etwas schwieriger werden, wenn nun 10.000 junge Männer mehr pro Jahr zur Bundeswehr gezwungen werden. Viel hängt auch davon ab, wie viele in Zukunft für untauglich erklärt werden. Während früher etwa 10% eines Jahrgangs ausgemustert wurden, hat die Bundeswehr in den letzten Jahren auf mehr als 40% schon bei der Musterung verzichtet.

Kriegsdienstzwang besteht weiter

Nicht neu ist, dass in Deutschland immer noch Männer zum Kriegsdienst gezwungen werden, ganz im Gegensatz zu den meisten Staaten in Europa, die den Zwang abgeschafft oder ausgesetzt haben oder dies beabsichtigen.

Der Zwang zum Kriegsdienst umfasst u.a.:

- den Zwang, sich mustern zu lassen,
- die umfangreiche Preisgabe persönlicher Daten,
- im Fall eines Antrags auf Kriegsdienstverweigerung die Gewissensprüfung,
- die Ableistung des Dienstes bei der Bundeswehr, des Zivildienstes oder eines anderen Ersatzdienstes,
- Arreststrafen bei der Bundeswehr,
- im Fall der Totalen Kriegsdienstverweigerung Strafverfolgung mit Gefängnis- oder anderen Strafen,
- in Kriegssituationen oder auch in Manövern Verstümmelung oder Tod,
- Reserveübungen für ehemalige Soldaten,
- Verpflichtung zum Dienst bei Bundeswehr oder Zivildienst im sogenannten Verteidigungsfall.

Zahlreiche Menschenrechte werden durch den Zwang zum Kriegsdienst aufgehoben

Informieren, Entscheiden, Handeln

Wer selbst über sein Leben entscheiden will und sich nicht vollständig der Willkür der Bundeswehr und des Bundesamts für Zivildienst unterwerfen will, sollte sich frühzeitig, möglichst schon lange vor der Musterung, über die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten informieren. Die Informationen müssen aktuell sein, denn sowohl Gesetze als auch Einberufungsrichtlinien und politische Umstände ändern sich ständig. Dann sollte sich jeder entscheiden, was er tun will, und sich so verhalten, dass sein Ziel erreicht wird.



Fehlervermeidung

Wichtig ist es, Fehler zu vermeiden. Zum Beispiel sollte niemand unüberlegt und unvorbereitet zur Musterung gehen. Auch ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen kann erhebliche Nachteile mit sich bringen, wenn er zum falschen Zeitpunkt gestellt wird. Viele leisten Zivildienst, den sie nicht leisten müssten, wenn sie nicht voreilig einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hätten.

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de

DFG-VK Marburg:

www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de

Beratung für Verweigerer(-innen) aus den USA:

Military Counseling Network (MCN): Hauptstr. 1, 69245 Bammental, Tel. + Fax 06223-477 91, mcn@dmfk.de, www.getting-out.de

Iraq Veterans Against the War, IVAW-Europe/Germany: Chris Capps-Schubert, Hanau, Tel. 06181-610 4747, ivaw.europe@gmx.net

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach

Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,

office@Connection-eV.de

www.Connection-eV.de

Pazifissimus

Bevorstehende Sendetermine der DFG-VK-Radiosendung.

Sendung der DFG-VK Wiesbaden und der DFG-VK Mainz im Rahmen des Programms von Radio Quer.

♦ *Mittwoch, 07. April, Mittwoch, 14. April*

♦ *Mittwoch, 05. Mai, Mittwoch, 12. Mai*

♦ *Mittwoch, 02. Juni, Mittwoch, 09. Juni*

♦ *Mittwoch, 30. Juni, Mittwoch, 07. Juli*

Mittwochs 16 h, an den ersten beiden von jeweils vier Mittwochen.

zu hören auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz im Raum Wiesbaden/Mainz

über Kabel: Wiesbaden 99,85 Mhz; Mainz 102,7 Mhz

übers Internet: www.radio-rheinwelle.de

Zukünftig sind die Sendetermine zu finden unter www.dfg-vk-hessen.de und www.dfg-vk-mainz.de

Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied!

**Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Sektion der War Resisters' International (WRI)**

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Tel. 069-431440, Fax 069-4990007, dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Jürgensohn-Korjenic, Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing, Tel. 02636-80 81 07 angelika62de@yahoo.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach, Tel. + Fax 06021-581 734 (Alibri-Verlag), verlag@alibri.de, *Kriegsdienstverweigerungsberatung* nach telefonischer Vereinbarung

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach, juergenlocher@superkabel.de, Tel. 0671-62878, *Kriegsdienstverweigerungsberatung* nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim, Tel. 06251-644 26. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt, DFGVKDarmstadt@aol.com

Gruppentreffen dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhrstr. 42. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94 Fax 069-499 0007, dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags 19 h. Genauen Termin bitte erfragen. *Kriegsdienstverweigerungsberatung* 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27, 61169 Friedberg, dfgvk-friedberg@web.de

Hanau: Meike + Chris Capps-Schubert, Tel. 06181-610 4747, ivaw.europe@gmx.net

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung, Tel. 0561-89 30 27

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung: Tel. 06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz. *Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung:* 1. Montag im Monat, 19.30 h dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg. Tel. 06421-217 83, dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr.6. *Radiosendung:* KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 069-81 51 28, office@Connection-eV.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier, Tel. 0651-9941017, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66, peter.silbereisen@web.de

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl54

They fight for peace

Peace, the say. Peace of mind?
Peace on earth?
Peace of what kind?

I see them talking, arguing, fighting -
What kind of peace are they looking for?
Why do they kill? What are they planing?

Is it just talk? Why do they argue?
Is it so simple to kill? Is this their plan?

Yes of course!
They talk, they argue, they kill -
They fight for peace.

Der Autor ist saudi-arabischer Staatsbürger mit Wohnsitz in Großbritannien. Seit 2002 ist er Gefangener in Guantánamo.

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz
Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 1. Montag im Monat 19:30 Uhr
Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60
dfgvkmz@web.de www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift
Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr.40, Mainz

ViSdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstraße 2, Mainz - März 2010